

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liche Erschließung vorzubereiten. Tsingtau dürfte zum Ausfuhrhafen Nordchinas ähnlich großzügig wie Dairen ausgebaut und das Gegenstück zu Dairen werden. Die S. M. K.-Gesellschaft, das Eastern Travel Bureau und die Far Development Co., alles so gut wie rein japanische Unternehmungen, mögen sie auch viel mandschurisches Kapital einschließen, werden die gewaltigen Pläne für den Zusammenschluß des japanisch-festländischen Wirtschaftsblocks zur Durchführung bringen. Als ein Zeichen für den Fortschritt dieser Pläne erweist sich auch die Nachricht von der baldigen Ausdehnung des Olmonopols auf Nordchina und der Erweiterung der Zuständigkeit des „Manchukuo Oil Monopoly“ auf die fünf nordchinesischen Provinzen.

Im Fernen Osten bereiten sich demnach Umwälzungen vor, deren Bedeutung noch jene der Gründung Manchukuos übertreffen dürfte und die einen vollkommen von Japan beherrschten Wirtschaftsblock mit einem Verbraucherkreis von rund 300 Millionen Menschen schaffen werden. Die Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Lage der weißen Industriebölker lassen sich schon heute mit Besorgnis vorausahnen, sollten die Pläne des unbeirrt seinen Weg gehenden Jnselvolkes gelingen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Finanzprogramm. / Währung.

Seltzam sind die Wege des hohen Bundesrates — wenigstens wenn man gewisse parallele Vorgänge in anderen Staaten zum Vergleich benutzt. Im Sommer dieses Jahres war wieder einmal Krise in Frankreich. Nach mehrmaligem Auf und Ab, während dem ein so nicht aufzuhaltender Goldstrom den Schatzkammern der Bank von Frankreich entfloß, betraute man endlich Herrn Laval mit der Ordnung der Staatsfinanzen, und als Waffe wurde ihm das Notverordnungsrecht in die Hand gegeben. Mochte diese Delegation von Kompetenzen dem Parlament noch so sehr mißfallen — es blieb ihm am Ende nichts anderes übrig. Und siehe: der Goldstrom nahm umgekehrte Richtung an. Was tat Laval? Um nächsten Tage machte er sich an die Arbeit, sanierte die Finanzen durch eine im Ausmaß begrenzte, aber immerhin konsequent durchgeführte Deflationspolitik, baute 10 Prozent der Gehälter, Renten usw. ab, verschonte gar die so heißen Kriegspensionen nicht, ließ Proteste um Proteste unbeachtet, kümmerte sich nicht um unzählige Versammlungen der naturgemäß unzufriedenen Staatsbeamten, mochten die Drohungen noch so handgreiflich klingen. . . Protest um Protest wanderte in den Papierkorb und, als wäre nie ein Protest, nie eine drohende Geste von Beamten erfolgt, verließ Verordnung um Verordnung das Bureau des Ministerpräsidenten, was in diesem Falle schon deswegen nicht ganz einfach war, weil die Außenpolitik in jenen Monaten für Frankreich nicht ein einziges kleines Vorbeerblatt übrig hatte, das der Wähler irgendwie als süßen Trost auf seine durch den grausamen Abbau verwundete Seele hätte legen können. Mißerfolg nach Außen, so unpopulär wie nur möglich im Innern — trotzdem unbeirrt. Hunderte von Verordnungen ergingen (wer weiß, ob nicht auch in diesem

Fälle weniger mehr gewesen wäre) und mit der Zeit verstummten die Schreier. Nun hatte nach Monaten das Parlament seinen Spruch zu fällen und man mußte gewiß vermuten, daß aus dem Sanierungsgebäude der eine oder andere Stein herausgebrochen würde, umso eher, als die Wahlen vor der Tür stehen. Nichts von alledem ist geschehen. Einige unwesentliche Änderungen — das Gleichgewicht des Budgets blieb erhalten. Und die Kammer hat dem angefochtenen Minister sogar noch das Vertrauen zum Dank für seine unpopulären Maßnahmen ausgesprochen! Es mag dies nun kaum wirkliche Zustimmung zum Ausdruck bringen, sondern vielmehr nichts anderes als Angst, Angst vor dem Ungewissen, das nachher käme, und vor allem Verantwortungscheu. Mag sein. Möglich auch, daß der Mann in ein paar Tagen über die Frage der Bünde doch noch stürzt und das ganze Werk umsonst war. Trotzdem bleibt ein persönliches Fazit: *Civil courage*. Dieser Mann hatte Zivilcourage — kein Zweifel. Und die ist heute selten, hauptsächlich in diktatorisch regierten Staaten, aber — leider — auch in anderen. In der ganzen Welt ist sie selten, und vielleicht am seltensten — in Bern.

Ja, auch der schweizerische Bundesrat hat in den Sommertagen ein imperatives Mandat erhalten. Am 2. Juni 1935 nämlich. Gewiß: keine Kompetenz zum Erlass von einigen hundert Verordnungen, überhaupt kein formelles Mandat, wenn man will, aber, war es deswegen vielleicht weniger imperativ? Über eine halbe Million Schweizerbürger haben so deutlich wie möglich erklärt, daß sie eine „Sanierung“ auf dem immer billigen Wege des geringsten Widerstandes ablehnen, daß sie vielmehr die Ordnung der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Finanzen auf dem Wege der *Anpassung* wünschen — jener Anpassung an das Niveau des Weltmarktes, die ohnehin einmal kommen muß — entweder rechtzeitig — freiwillig — oder zu spät, im Wege der Katastrophe. Ein Drittes gibt es bekanntlich nicht. Konnte jemand aus dem Ergebnis jenes 2. Juni 1935 etwas anderes herauslesen als jenes Mandat? Wohl kaum. Indessen: Bern schwieg. Nichts geschah. Nichts? Natürlich können wir nicht wissen, was in jener heißen Zeit in den Amtsstuben des Bundeshauses gebrütet wurde — indessen, am Ergebnis gemessen, ist es gewiß nicht übermäßig viel. Der Sommer ging vorüber, und als die Blätter zu fallen begannen, hatte Laval seine Verordnungen im Stall. Und wir? Nichts.

Ich glaube, im Grunde ist dem Bundesrat daraus gar kein so großer Vorwurf zu machen. Ist es nicht tatsächlich echte *Schweizerart*, die sich da produzierte? Bedächtig, gemütlisch — und außerordentlich sicher. „*Es wird schon nichts passieren*“ — naheliegender Schluß, denn es ist tatsächlich seit hundert Jahren nichts passiert. Wir haben in dieser Zeit eine ernsthafteste Krise nie erlebt. Wäre es vielleicht bis vor wenigen Jahren jemandem eingefallen, zu bedenken, daß der Franken jemals einen anderen als seinen angestammten Wert haben könnte? Wir kannten keinen Krieg. Offen gestanden: wir kannten ihn schon, aber von der guten Seite. Von der Seite derer, die dabei etwas verdienen. Währung um Währung um uns brach zusammen, wir halfen, Not und Elend unserer Nachbarländer zu lindern — immer im sicheren Bewußtsein: die armen Leute — aber uns kann so etwas natürlich nicht passieren! Es ist uns schon sehr gut gegangen (und gerade deswegen wäre etwas mehr Bescheidenheit am Platz und Zurückhaltung in der pharisäischen Kritik von Ländern, die Schreckliches hinter sich haben). Und deshalb, weil es uns so gut gegangen ist, deshalb wollen wir heute nicht sehen. Oder wenigstens: wir wollten nicht. Und der Bundesrat? Er wollte sehen und er sah. Er sah die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, sah, daß die Arbeitslosigkeit bei uns allein zunahm, wo bereits die ganze übrige Welt Besserung zeigte, sah das schwindende Vertrauen des Auslandes, das Abbröckeln der Staatspapiere, die Steigerung der Zinssätze, die Bedrohung des Hypothekenmarktes, gewiß: er sah alles. Aber er sagte nichts. Oder zu wenig, nicht deutlich genug. Denn, nicht wahr, das Volk wollte nicht hören? Wie sag' ich's meinem Kinde?

Und doch hatte das Volk, wenn auch in Unkenntnis der tatsächlichen Schwere der Lage, am 2. Juni gesprochen. Weshalb wartete da der Bundesrat? Vielleicht auch mit Rücksicht auf die starke Minderheit — hatte nicht die sozialdemokratische Presse verkündet, daß auf der Seite der 400,000 die Sieger stünden, nicht auf der Seite der 500,000! Wir glauben aber, solche Rücksicht sei unrichtig. Sie führt, gewissermaßen, die Demokratie ad absurdum. Wir haben den Proporz bei Wahlen. Und das ist — trotz allen Unzuträglichkeiten — gut so, denn er ist gerecht. Aber ein Proporz bei Abstimmungen ist nun einmal nicht möglich! Die Rede des Volkes ist Ja, Ja — Nein, Nein. Nicht Ja und Nein. Bei knappen Mehrheitsverhältnissen wirkt das etwas stoßend. Aber vielleicht steckt ein tiefer Sinn dahinter. Zum mindesten ist die so geübte Demokratie eine Schule der Disziplin. Weshalb haben wohl die Engländer das an sich ungerechte Majorzverfahren bei Wahlen immer noch behalten und weshalb denken sie nicht an eine Änderung? Im Unterhaus hat die Regierung auf 600 Sitze eine Mehrheit von 245 Stimmen, während sie 11,8 Millionen Wähler aufweist gegen — 10 Millionen Opposition. Würde es vielleicht Herrn Baldwin einfallen, deswegen eine andere als die von ihm als richtig empfundene Politik zu treiben? Es wäre dem Landeswohl förderlich gewesen, wenn der Bundesrat nach diesem Rezept gehandelt hätte. Denn heute muß er es ja doch tun. Aber es ist reichlich spät. Oder war der Bundesrat vielleicht nicht einig?

Immerhin blieben maßgebende Kreise der schweizerischen Wirtschaft auch in jenen Sommer- und Anfangs-Herbst-Monaten nicht müßig. Wir wissen von wiederholten Reisen aller möglichen Leute, die alle im Amtszimmer unseres Finanzministers endeten. Herr Meyer wurde unter Druck gesetzt. Und das half. Natürlich war es, nachdem man ohnehin schon lange gewartet hatte, nun nicht unzweckmäßig, den Ausgang der Wahlen auch noch abzuwarten, obwohl dies nach dem 2. Juni eigentlich nicht einmal nötig gewesen wäre. Inzwischen verkündete nun der Bundesrat sein Finanzprogramm II. Der erste der Öffentlichkeit bekannt gewordene Entwurf datiert etwa vom 29. Oktober. Er ist indessen bis heute in wesentlichen Punkten wiederholt abgeändert worden. Hier muß man sich fragen, ob die zahlreichen Expertenkonferenzen einen großen Zweck hatten. Über jeden Punkt hörte der Bundesrat die entsprechenden Interessenten, und man hatte manchmal das Gefühl, daß diese Art Konferenzen die Schäden der Verbandswirtschaft eher noch erhöhten. Schließlich kommt ja der gewöhnliche Sterbliche, der zufällig nicht im entsprechenden Sinne „Interessent“ ist, auch nicht zu Wort. Das erfreuliche Ergebnis dieser Besprechungen war immerhin das Falllassen der Umsatzsteuer. Sie ist wohl die unpopulärste der indirekten Steuern, weil sie den handelnden oder auch nur laufenden Menschen wie sein eigener Schatten verfolgt. Sie grinzt den harmlosen Käufer an, wenn er irgend ein Geschäft betritt, den Gast, der am Sonntag im Lokal seinen Braten verspeißt. Zudem war nicht einzusehen, wie die Erhebung einer Umsatzsteuer ausgerechnet im Zeitpunkt der Eröffnung einer Deflationsperiode logisch begründet sein könnte. Wo der Staat durch alle möglichen Maßnahmen bemüht ist, Preise und Zinsen zu senken, soweit dies überhaupt in Betracht kommen kann, ist natürlich die Erhebung einer Umsatzsteuer als notwendig allgemeinspreiẞvertuernb nicht am Platz. Die Opposition war denn auch allgemein. So wurde das Kind, kaum geboren, wieder begraben. Leider kann nicht gesagt werden, daß der Ersatz sehr befriedigend ausgefallen wäre. Das Getreide soll nach dem Vorschlag des Bundesrates derart verteuert werden, daß das Brot um 3 Rappen aufschlagen würde. Diese Maßnahme erscheint indessen aus einem doppelten Gesichtspunkt nicht am Platz. Neben der ebenfalls allgemein-preiẞvertuernnden Wirkung ist hier zu beachten, daß diese Finanzmaßnahme gerade die Armen am stärksten treffen muß, und vor allem ist in einer Zeit des Abbaus eine Erhöhung ausgerechnet des Brotpreises aus psychologischen Gründen tunlichst zu vermeiden.

Aber trotz der ziemlich allgemeinen Opposition muß doch gesagt werden, daß dieses Finanzprogramm — nehmt alles nur in allem — gar nicht so schlecht ist. Es ist vielleicht ein ganz gutes Zeichen, daß die Opposition diesmal nicht nur von einer Seite kommt, sondern von mehreren Stellen. Dies wird den Bundesrat gewiß in der Führung dieser Angelegenheit, die eben diesmal nicht einfach irgend einer Mehrheit in den Schoß gelegt werden kann, bestärken. Die Grundtendenz des Programm's ist klar. Es ist der zweite, bedeutame Schritt der Anpassung. Manchem mag gerade diese Tendenz zu wenig ausgeprägt erscheinen. Dafür ist immerhin das Gleichgewicht wieder hergestellt — wenn die Berechnung, wie man befürchten muß, nicht doch zu knapp ist. Inzwischen hat die Kommission des Ständerates bereits einige bedeutame Änderungen angebracht. Erfreulich ist hier die Herabsetzung des Getreidezollzuschlages von 3 auf 1 Franken, wodurch sich die Verteuerung des Brotes im selben Verhältnis, auf einen Rappen, beschränken würde. Als Ersatz ist eine Erhöhung der Tabaksteuer vorgesehen. Im übrigen hat die ständerätliche Kommission das Verhältnis der Einsparungen zu den Neueinnahmen in erfreulicher Weise zu Lasten der ersten verbessert. Dagegen wurde die Aufhebung der Porto-freiheit fallen gelassen!

Das weitere Schicksal der Vorlage ist unbestimmt. Immerhin hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, daß Eile nottut. Es ist zu hoffen, daß der Ständerat die Vorlage in der ersten Sessionswoche erledigt und die nationalrätliche Kommission in der zweiten Woche zu Ende kommt, damit die Beratung im Plenum des Nationalrates in der dritten Woche stattfinden könnte. Über die Stimmung im Nationalrat ist zur Zeit noch wenig Sicheres zu sagen. Sicher scheint zu sein, daß außer der Mehrheit der Freisinnigen die Liberalen, Konservativen, Duttweilerleute für die grundsätzliche Deflationspolitik eintreten. Unsicher ist die Haltung der Bauernpartei, wie wir bereits in unserer Würdigung der Wahlen befürchtet hatten. Die Abspaltung der Jungbauern kann diese Partei dazu führen, Konzessionen nach links zu machen. Und überdies birgt die Bauernpartei eine Anzahl Devaluationsanhänger. Die übrigen bürgerlichen Parteien haben indessen in der Frage der landwirtschaftlichen Preisstützung gegenüber den Bauern ein gutes Druckmittel in der Hand. Jedenfalls besteht die Hoffnung, das Programm bis Weihnachten durchzubringen. Angesichts des erneuten Druckes auf die Währung ist dies dringend wünschbar.

Inzwischen hat nun auch bei uns, in aller Öffentlichkeit, die Diskussion über die Währung begonnen. Bisher hütete man sich ängstlich, das Problem beim Namen zu nennen, doch will uns scheinen, daß die offene Diskussion förderlicher ist, nachdem bereits der Mann auf der Straße davon spricht, daß der Franken „einweg“ nicht zu halten sei. Zweifellos haben wir zahlreiche Anhänger der Abwertung, mehr als man gemeinhin vermutet (es ist ähnlich wie in Frankreich). Zu nennen ist hier — außer einem Bundesrat — von Prominenten vor allem der freisinnige Nationalrat Schirmer in St. Gallen, ferner alt Bundesrat Schulthess. Daß im letzten Grunde auch der schweizerische Bauernsekretär dieser Gruppe nicht fern steht, erscheint uns soweit erklärlich, wie überhaupt die stark verschuldete Bauernschaft wohl am meisten Anhänger dieser Richtung zählen dürfte — nur wird sie sich einstweilen nicht zu weit vorwagen dürfen, wenn sie eben vom Parlament die Hochhaltung der landwirtschaftlichen Preise bestätigt erhalten will. In den Kreisen der Lohnempfänger, vor allem in den Gewerkschaften, ist die Stimmung geteilt. Manche hoffen, durch eine Devaluation den Lohnabbau umgehen zu können, ohne dabei an die einer solchen Maßnahme unfehlbar folgende Erhöhung der Preise zu denken. Zahlreich sind die Anhänger der Abwertung vor allem in den Kreisen der Exportindustrie, die wohl auch am meisten von einer solchen Maßnahme profitieren würde — aber auch nur anfänglich. Wenn mir kürzlich ein prominenter Vertreter der

Textilindustrie vorrechnete, die Preiserhöhung der Rohstoffe im Falle einer Abwertung könne nicht stark ins Gewicht fallen, indem z. B. der Baumwollgehalt eines Hemdes nur wenige Prozent betrage, während alles übrige nicht importiert werden müsse, so übersieht eine solche Milchmädchenrechnung geistlich den Anteil des Arbeitslohnes, der bei einer Abwertung und der dadurch bedingten Preissteigerung auf die Dauer gerechnet ebenfalls steigen müßte. Es scheint, daß, abgesehen von einer kurzen Übergangszeit, eine Abwertung uns, als importabhängiges Land, genau wieder vor dieselben Fragen stellen wird, wie vordem, und sie werden genau so ungelöst sein. Das Beispiel Englands kann nicht zu Gunsten einer schweizerischen Abwertung angeführt werden, denn England ist ein in seinem Weltreich einheitliches und unabhängiges Wirtschaftsgebiet, während die Kosten der Lebenshaltung in der Schweiz im Falle einer Abwertung infolge des überwiegenden Einfuhrbedarfes wohl im selben Verhältnis steigen müßten, das der Abwertung zu Grunde liegt. Und außerdem ist festzuhalten, daß die Abwertung Englands und der U. S. A. in einer Zeit sinkender Weltmarktpreise erfolgte, wodurch die Tendenz zu Preissteigerungen infolge der Abwertung in einem großen Umfange aufgefangen wurde. Heute aber verfolgen die Weltmarktpreise in der Hauptsache steigende Richtung, was wir bereits heute am Index der schweizerischen Lebenskosten erkennen können. Werten wir ab, so wird sich zu der „normalen“ Steigerung noch die konjunkturmäßige Steigerung der Weltmarktpreise gesellen, sodaß das Ergebnis voraussichtlich äußerst ungünstig wäre. So oder so: es bleibt nur die Anpassung an den Weltmarkt. Heute ist sie bereits leichter, als noch vor einem Jahr, da inzwischen das Weltmarktpreisniveau sich gehoben und damit dem unseren um ein wenig angenähert hat. Anpassung nach erfolgter Abwertung — denn durch diese werden wir jene nicht erreichen — ist aber genau so schwer wie vordem und dazu kommt die Erschütterung des inneren Staatskredits, die eine Abwertung automatisch nach sich ziehen müßte. Übrigens brauchen wir nur an das Beispiel Belgiens zu denken, das im letzten Frühjahr um m. W. 28 Prozent abgewertet hat. Der Index der Kleinhandelspreise ist dort von 621 am 15. März auf 684 am 15. Oktober 1935 gestiegen, also um 10 Prozent. Doch ist dieser Index insofern unzuverlässig, als bei diesem Verfahren alle Waren, ohne Rücksicht auf ihre verschiedene Bedeutung für den Haushalt, als gleichwertig betrachtet werden. Betrachtet man indessen die Entwicklung einiger besonders wichtiger Preise, so ergibt sich u. a., daß bei einer Abwertung von 28 Prozent Brot und Butter um 33 Prozent, Schweinefleisch um 27 Prozent, Konserven um 40 Prozent gestiegen sind! *Vestigia terrent!*

In diesem Zusammenhang möchten wir auf ein interessantes Büchlein hinweisen, das Prof. Eugen Großmann unter dem Titel: „Das Irrlicht der Währungsabwertung“ dieser Tage herausgegeben hat*) und in dem die Vor- und Nachteile der Abwertung für die Schweiz abgewogen sind, wobei zum Schluß die Waage deutlich auf die negative Seite neigt. Insbesondere wird in dem Büchlein auch der Lohnempfänger vor der verhängnisvollen Illusion eines „kalten“ Lohnabbaues gewarnt. Nicht zu Unrecht bemerkt der Verfasser, daß, abgesehen von den erwähnten materiellen Hindernissen, die sich infolge der besonderen Lage der Schweiz als Importland einem Erfolg der Abwertung entgegenstellen würden, die Mentalität unserer Bevölkerung zu Befürchtungen Anlaß geben muß. Er erinnert an die ersten Kriegstage, wo die Bevölkerung in einigen Städten sofort von einer bemerkenswerten Panik ergriffen wurde und ein Hamstern einsetzte, das an sich, gemessen an der tatsächlichen Lage, unbegründet war. Die Vermutung des Verfassers, daß wir im Falle der Abwertung voraussichtlich dieselbe Erfahrung machen würden, ist nicht ohne weiteres als unbegründet abzulehnen. Damit aber

*) Prof. Dr. Eugen Großmann: Das Irrlicht der Währungsabwertung. Verlag Schulthess & Cie., Zürich, 1935.

würde sich eine rasch erfolgende tatsächliche Verknappung der Vorräte ergeben, wodurch die Preise, ganz abgesehen von den berührten, in unserer besonderen Lage bedingten Ursachen, eine sofortige, erhebliche Steigerung erfahren würden, der zu begegnen staatliche Eingriffe, wie man aus zahlreichen Beispielen weiß, nicht in der Lage wären.

Noch ist es nicht zu spät. Ein Blick in die ausländische Handelspresse bestätigt, daß das Ausland die technische Lage unserer Währung trotz dem Einbruch vom März bis Juni dieses Jahres nach wie vor als unerschüttert betrachtet. Und daß auch aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftslage der Schweiz irgend ein ernstlicher Zwang zur Abwertung nicht gegeben ist und im Ausland auch nicht angenommen wird, mag unter anderem die Beobachtung beweisen, daß, trotz der augenblicklichen Anspannung auf dem Devisenmarkt, die den Franken wieder einmal bis zum Goldbausfuhrpunkt hinuntertrieb, die Terminsätze für Franken durchaus ruhig und ohne jede wesentliche Anspannung blieben.

An den Männern in Bern ist es nun, die Folgerungen zu ziehen. Möchten sie alle den Ernst der Stunde erkennen. Sind einmal erst die Bundesfinanzen im Gleichgewicht, so werden auch die Kantone und Kommunen nicht zögern können — die Beruhigung könnte dann, angesichts der immer noch nicht unrettbaren Lage, nicht auf sich warten lassen. Zweimal hat das Schweizervolk ein eindeutiges Votum abgegeben. Es erwartet mit Recht, daß seine Stimme endlich gehört werde. So mögen denn die Männer, die dieser Tage in Bern sich versammeln, das Gebot der Stunde erkennen und dem Volke das wiedergeben, was mehr wert ist als alle Schätze des Goldes, die in den Kellern unserer Nationalbank lagern: das Vertrauen.

Zürich, den 30. November 1935.

Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

England und Italien. / Die beiden Dritten: Frankreich und Deutschland.

Mit dem 14. November hat die konservative Regierung in England sich für einige Jahre wieder fest in den Sattel gesetzt. Sie hat es verstanden, die in England regelmäßig sich vollziehende Abnutzung der Regierungspartei auf dem Wege über die Außenpolitik weitgehend aufzuheben und durch Wahlen im entscheidenden Augenblick ihre Herrschaft auf Jahre hinaus zu verlängern. Damit ist nun die Bahn für die ungestörte Fortsetzung der bisherigen englischen Politik auf längere Sicht hin frei. Es hat sich so vor unsern Augen im parlamentarisch regierten England ein bezeichnendes Stück altenglischer Staats- und Regierungskunst vollzogen.

Die stärkste unmittelbare Auswirkung wird die innenpolitische Entscheidung in England voraussichtlich im Konflikt mit Italien finden. Die konservative Regierung wird zweifellos ihren Weg der Sicherung des Lebensstranges des englischen Weltreiches nun unbeirrbar und folgerichtig weiter beschreiten. Sie wird die seit dem Frühjahr feststehende englische Überzeugung, daß eine wesentliche Machtstellung der Italiener in Abessinien für England untragbar sei, langsam, aber sicher aller Welt deutlich machen. Schon in nächster Zeit wird man an die Verschärfung der Sanktionen durch ihre Ausdehnung auf Güter, die für die italienische Kriegführung lebenswichtig sind, herangehen und gleichzeitig die wirkliche Durchführung der beschlossenen Sanktionen durch stärksten Druck der englischen Diplomatie auf die verschiedenen Völkerbundsstaaten zu erreichen suchen. Bezeichnend sind dafür die Noten Englands an die Länder in Europa, die nur halbe oder gar keine Sanktionen durchführen. So wird man den Ring um Italien enger schnüren und dann einstweilen abwarten, wie sich diese Kur auswirken wird. Gleichlaufend damit sorgt man für die möglichste Verbesserung der abessinischen Rüstung und sieht nun einmal auch hier zu, was die Italiener eigentlich herausholen. Im Hintergrund aber steht in-

zwischen die eigene Macht, deren Stellung sich von Monat zu Monat festigt. Die Befestigungen an allen Küstenpunkten kommen in Ordnung, der Truppenaufmarsch wird in Ostafrika, in Äden, in Palästina und Ägypten, auf Zypern, Malta und Gibraltar zu Ende geführt. So wird Englands Stellung stets und rasch günstiger.

Im gleichen Ausmaße aber wird die Lage Mussolinis ungünstiger. In Ostafrika frißt der Krieg immer neue italienische Kräfte an Menschen und Material auf. Dabei ist vorläufig das Klima und die Landesnatur der eigentliche Gegner, der bekämpft werden muß. Wie wird das erst herauskommen, wenn sich die Abessinier zum Kampfe stellen? Das wird man sich heute auch in Rom fragen und deshalb treibt man zur Entscheidung. Denn darüber ist man sich wohl auch in Rom klar, daß trotz der Hilfe Österreichs und Ungarns, trotz der in ununterbrochener Reihe aus Deutschland anrollenden Kohlenzüge die wirtschaftliche Lage des Landes in Absatz und Versorgung auf die Dauer einem über den schönen Umweg über den Völkerbund geleiteten englischen Wirtschaftskriege durchaus nicht gewachsen ist, am wenigsten bei einer Verlängerung und ernsthaften Gestaltung des Feldzuges in Abessinien. Gegen England aber ernstlich vorzugehen und damit den würgenden Ring zu sprengen, dazu fehlen heute wohl bereits die Möglichkeiten. Ein Handstreich vor der Beendigung der militärischen Vorkehren Englands hätte wohl zu einigen Erfolgen führen können. Heute ist es dazu zu spät. Wenn England wirklich einmal am Suezkanal den Verkehr für Italien sperrt, dann ist der Feldzug in Ostafrika in kürzester Zeit für Italien ein Zusammenbruch. So steht Italien vor einer diplomatisch, militärisch und wirtschaftlich bereits völlig verfahrenen oder doch stark gefährdeten Lage.

Wo wird hier der Ausweg zu finden sein? Wenn England es will, nur in einer völligen Kapitulation! Eine solche aber müßte für Italien auch die schwersten innerpolitischen Folgen haben. Diese Lösung wird Frankreich mit allen Mitteln zu verhindern suchen, um die Ausschaltung des italienischen Mitspielers vom europäischen Schachbrett zu vermeiden. Ob aber England heute noch die Hand dazu bieten wird? Das ist mit Sicherheit nicht zu sagen. Aber nach den Erfahrungen, die England jetzt mit der italienischen Hemmungslosigkeit machen mußte, wird man in London wenig geneigt sein, die Italiener glimpflich davon kommen zu lassen, um sie bei nächster Gelegenheit das gleiche Spiel wieder beginnen zu sehen.

Dagegen spricht vor allem die Tatsache, daß England bemüht sein muß, in absehbarer Zeit die Hände wieder völlig frei zu bekommen. Es hat sich ja gezeigt, daß die Japaner sofort die Festlegung der Briten im Mittelmeer dazu benützt haben, um in China wieder weiter vorzustoßen. Dabei droht wiederum ein Stück englischer Wirtschaftsstellung im fernen Osten zu Grunde zu gehen und es geschieht ein neuer Schritt zur Zusammenballung der unendlichen gelben Menschenmassen unter eine einheitliche und zielbewußte politische, wirtschaftliche und militärische Führung. Dem kann Großbritannien auf die Dauer nicht einfach zusehen. Deswegen muß das italienische Abenteuer gründlich liquidiert werden und zwar, wenn nicht alles täuscht, in verhältnismäßig naher Zeit!

Das alles läßt uns für die nächste Zeit ziemlich dramatische Geschehnisse erwarten.

* * *

Unerfreulich, in höchstem Maße unerfreulich ist diese ganze Lage für Frankreich. Seit Monaten wird es von England geschoben und manöviert, ohne den eigenen Willen noch zur Geltung bringen zu können. Paval hat Mussolini zu seinem Vorgehen freie Hand gegeben und Paval muß nun im Schlepptau Englands gegen Mussolini vorgehen. Dabei kommt aber nicht nur die französische Mittelmeerpolitik zu kurz, sondern die Fäden nach dem nahen Osten werden hie und da locker. In wirklich erstaunlich kurzer Zeit hat so Herr Paval das Erbe Barthous erledigt; sein Nachfolger wird Mühe haben, es wieder einzurenken! Und inzwischen

wird wahrlich die innere Lage Frankreichs nicht rosiger. Immer von neuem müssen die Staatsfinanzen saniert werden und immer von neuem steht man vor einem Loch. Durch die harten Sparmaßnahmen aber wird die Unruhe in den betroffenen Massen größer und größer. Die innerpolitischen Gegensätze werden ständig schärfer. Auch die aalglatte Gewandtheit so gänzlich grundlosloser Berufspolitiker wie Laval kann da auf die Dauer nicht helfen. So steht Frankreich vor schwerwiegenden Entschlüssen, innenpolitisch und außenpolitisch.

Ein völlig anderes Bild bietet dem gegenüber Deutschland. Ihm ist der ganze Vorstoß Mussolinis zum Glücksfall geworden. Durch den vor zwei Jahren gefaßten Entschluß Hitlers zum Austritt aus dem Völkerbund ist ihm heute eine ähnliche Zwischmühle wie die, in der Frankreich steckt, erspart geblieben. Es steht außerhalb des ganzen Streites und freut sich darüber. Italien gegenüber hat es nach allem, was seit dem Sommer 1934 gegangen ist, nicht mehr die geringste Verpflichtung. Noch ist ja in frischer Erinnerung, wie Mussolini sich zum Mittelpunkt einer neuen Einkreisung Deutschlands machen wollte und wie scharf die Italiener überall Stimmung gegen Deutschland machten. Ihre Presse führte damals dieselbe Sprache gegenüber den Deutschen wie heute gegenüber den Engländern und vorgestern gegenüber den Franzosen. Solche Tatsachen erlauben es heute Deutschland, dem Abenteuer Mussolinis in aller Ruhe zuzusehen und höchstens gewisse Vorteile für seine „Devisenbewirtschaftung“ daraus zu ziehen. Auf der andern Seite stehen die Engländer, mit denen man sich im Mai bereits im Schatten Abessinien über die Flottenrüstungen geeinigt hat. Ihnen gegenüber gibt man sich alle Mühe, eine freundliche und korrekte Neutralität aufrecht zu erhalten. Im Schutze dieser Neutralität nach allen Seiten hin betreibt man die Neuschaffung der deutschen Wehrmacht und empfindet es eben als einen Glücksfall, daß die ganze abessinische Angelegenheit die allgemeine Aufmerksamkeit von der deutschen Aufrüstung abgelenkt hat. Nach bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plänen, mit eiserner Energie und unter Einsatz der gesamten Mittel des Staates und des Volkes wird diese Schöpfung der neuen Wehrmacht durchgeführt. Ihr zuliebe wahrt man außenpolitisch peinlichst Ruhe, übersieht selbst so offensichtliche Herausforderungen wie diejenigen im Memelgebiet und legt der deutschen Presse die Pflicht zu größter Zurückhaltung auf. Dem Betätigungsdrang der eigenen Leute hat man dafür innerhalb der Grenzen gewisse Ventile geöffnet, sodaß er sich hier gründlich austoben kann. Dabei bleibt es allerdings sehr fraglich, ob nicht dadurch — man denke an die ganze Judenpolitik — auch wieder sehr viel außenpolitisches Porzellan mutwillig zer schlagen wird.

Unter solchen Umständen sind die immer wieder auftretenden Meldungen von deutschen Angriffsplänen gegen Litauen, gegen die Bolschewiken, gegen die Tschechoslowakei und gegen Österreich durchaus unglaubwürdig. Sie entstammen alle jenen Quellen, denen die heutige Ruhe um Deutschland einfach unerträglich ist. Es ist ja auch begreiflich, daß die Emigrantenpresse sehr ungehalten ist, da ihr heute wenig Leute mehr Aufmerksamkeit schenken. So setzt sie denn die tollsten Gerüchte in die Welt, um wieder von dem bösen Deutschland reden zu machen. Es ist aber nicht gerade gesagt, daß die Schweizer Presse diesen Phantasieerzeugnissen aufsitzen muß und sie noch entsprechend aufzublähen braucht. Alledem gegenüber darf mit erheblicher Sicherheit angenommen werden, daß Deutschland sich weiterhin ruhig abwartend verhalten wird.

A r a u, den 27. November 1935.

H e t t o r A m m a n n.